

Indien und Pakistan – verfeindete Brüder?

Siegfried O. Wolf

Die Anfänge der konfliktreichen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan reichen bis in die Kolonialzeit zurück. Der Teilung des britischen Kolonialreichs in die neuen postkolonialen Staaten Pakistan und Indien 1947 folgte eine anhaltende Konfrontation. Besonders die Auseinandersetzungen um die Grenzregion Kaschmir strapazierten die Beziehungen der beiden Nationen. Kaschmir ist bis heute von beiden Armeen besetzt und wird nur durch die Line of Control getrennt. Diese Waffenstillstandslinie ist weiterhin umstritten und konnte die weiteren Kriege, die Indien und Pakistan 1965, 1971 und 1999 austrugen, nicht verhindern. Ein weiteres Problem ist der von Pakistan staatlich geförderte Terrorismus, der ein strategischer Bestandteil der Kaschmirpolitik Pakistans ist und eine der größten Herausforderungen an Indiens Sicherheit darstellt. Mit dem 11. September 2001 änderte sich die Situation, weil sich Pakistan nunmehr am Kampf gegen den Terror beteiligt. Gleichwohl ist Pakistans Engagement – so Siegfried O. Wolf – im Kampf gegen den Terrorismus skeptisch zu betrachten. Die Politik der kleinen Schritte, die beide Länder u. a. in den Feldern Frieden und Sicherheit, in territorialen Fragen und auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den letzten Jahren betreiben, scheint sich zunehmend als erfolgreich zu erweisen, auch wenn die Demilitarisierung und Demarkierung von Grenzgebieten noch aussteht. Wenn Pakistan zukünftig auf internationaler Ebene ernst genommen werden will, muss es die neue machtpolitische Triangel zwischen China, Indien und den USA im südlichen Asien akzeptieren und erkennen, dass die eigentliche Gefahr nicht von Indien, sondern vom militanten Extremismus, der weitverbreiteten Armut und dem niedrigen sozialen Entwicklungsstand im eigenen Land ausgeht.

Neue „Flexibilität“ anstatt Blockadehaltung

Nach über sechs Dekaden der Feindschaft scheint sich das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan in den letzten Jahren nachhaltig zu verbessern. Die wohl weit reichendsten positiven Veränderungen stellen die von dem damaligen Premierminister Atal Bihari Vajpayee 2003 erneut eingeleiteten Annäherungen, der 2004 begonnene Composi-

te Dialogue (Manjunath u. a. 2006) sowie die gemeinsame Indisch-Pakistanische Stellungnahme in Sharm-El-Sheikh am 16. Juli 2009 zwischen beiden Ländern dar. Bisher eingenommene Blockadehaltungen sind zugunsten einer neuen „Flexibilität“ aufgegeben worden und 2005 wurde sogar der Annäherungsprozess von beiden Regierungen als „unumkehrbar“ bezeichnet. Dies markiert einen wichtigen Wendepunkt in dem bis heute äußerst angespannten Verhältnis.

Jedoch der anhaltende Konflikt um Kaschmir, der von Pakistan ausgehende grenzüberschreitende Terrorismus, die gegenseitige nukleare Bedrohung sowie die Rivalität um die Einflussnahme in Afghanistan werfen weiterhin ihre Schatten auf die bilateralen Beziehungen. Der Terrorangriff in Mumbai im November 2008 hat die Annäherung zwar erheblich verlangsamt, aber nicht ausgesetzt. Um die Ursachen hierfür darzulegen, werden in diesem Beitrag die indisch-pakistanischen Beziehungen und ihre komplexen Wechselverhältnisse mit der erweiterten regionalen Ebene erörtert.

Historischer Hintergrund

Keine Beschreibung der indisch-pakistanischen Beziehungen kann die historische Entwicklung des Hindu-Muslim-Antagonismus, die problematische Entstehung beider Staaten sowie den kolonialen Hintergrund außer Acht lassen.¹ Die Anfänge der problematischen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sind bereits in ihrer gemeinsamen Kolonialzeit in British India (und davor) zu finden. Insbesondere durch die von den Briten in den Jahren 1882 und 1892² eingeführten ersten repräsentativen Institutionen einer „kolonialen Demokratie“ (vgl. Choudhury 1968, S. 4f.) wurden Befürchtungen unter den Muslimen geweckt, dass ihre Interessen durch eine hinduistische Mehrheit stets unterdrückt werden würden.³ Trotz der bemerkenswerten Spannungen zwischen den damals führenden Parteien der Muslim League (IML) und dem India National Congress (INC), die nicht zuletzt auch auf die persönliche Rivalität zwischen ihren beiden Führern Muhammed Ali Jinnah (Quaid-i-Azam⁴) und Jawaharlal Nehru zurückzuführen sind, gab es zunächst nur bedingt Anzeichen,⁵ die

auf die Entstehung eines solch feindseligen Habitus in den Beziehungen der beiden neuen postkolonialen Staaten hätten schließen lassen können. So gab es durchaus einige Versuche, den Hindu-Muslim-Gegensatz aufzulösen, wie den Lucknow Pact⁶ von 1916 oder Jinnahs moderater Ansatz zur Einführung einer föderalen Regierungsform, welche den einzelnen muslimischen Mehrheitsprovinzen einen gewissen Grad an Autonomie eingeräumt hätte. Die Versuche scheiterten an der Konfrontation zwischen Jinnah und der Führung des INC.⁷ Eine weitere Möglichkeit zur konstruktiven Zusammenarbeit zwischen beiden Religionsgemeinschaften wurde im Zuge der Einführung von Wahlen in den Provinzen, basierend auf dem Government of India Act von 1935⁸, vertan, indem man Koalitionsregierungen (Bengalen und Punjab) scheitern ließ.⁹ Diese ersten Erfahrungen mit den Implikationen einer „demokratischen Mehrheitsregeln“ in Indien überzeugte wesentliche Faktionen der politischen Führung der Muslime, von den scheidenden Briten einen separaten Staat für die Muslime zu fordern.¹⁰ Das Recht auf Selbstbestimmung wurde erstmals am 23. März 1940 von M. A. Jinnah proklamiert (Lahore Resolution). Die klare Ablehnung dieser Forderung seitens des INC, der diese als eine „Teilung von Mutter Indien“¹¹ interpretierte, markierte das Ende aller Hoffnungen auf eine Einheit zwischen Hindus und Muslimen. Die darauf folgenden Gewalttätigkeiten und tragischen Ereignisse vor und während der Teilung des britischen Kolonialreiches in die Staaten Pakistan, welches aus zwei geographisch getrennten Landesteilen bestand¹², und Indien ließen ein friedliches Nebeneinander als äußerst problematisch erscheinen.¹³

Die ökonomische Konfliktebene

Diese sozialen und politischen Spannungen wurden durch das Auseinanderreißen von alten, in Jahrhunderten gewachsenen ökonomischen Strukturen verstärkt. Von den Konsequenzen war Pakistan ernsthaft und überproportional betroffen. So wurden, neben den beginnenden ersten militärischen Auseinandersetzungen in Kaschmir, die Beziehungen zwischen beiden Ländern durch umfangreiche Wirtschaftskonflik-

te belastet, welche den Handel zwischen beiden Ländern bereits in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit weitgehend zum Erliegen brachte. Darüber hinaus wurde der komplementäre Charakter beider nationaler Ökonomien durch das Streben nach der Unabhängigkeit von der jeweils anderen Seite weitgehend aufgehoben (vgl. Choudhury 1968, S. 7f.). Indiens Weigerung, die Aufteilung der Ressourcen (insbesondere Finanzen und militärische Ausrüstung¹⁴) gemäß dem britischen Plan zur Teilung (Partition) des Kolonialreichs in Südasien durchzuführen, sorgte für eine erhebliche Verschärfung der Spannungen. Vor diesem Hintergrund erhob Pakistan den Vorwurf gegenüber Indien, dass dieses gezielt versuchen würde, den Aufbau staatlicher Strukturen Pakistans zu verhindern. Die Tatsache, dass der Schwerpunkt der kolonialen Administration und Infrastruktur sich auf indischer Seite befand, verstärkte die Frustration auf pakistanischer Seite. Die historische Entwicklung sowie die existenzbedrohenden politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ließen unter den pakistanischen Eliten ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das darauf beruhte, dass Pakistan für Indien die Verkörperungen aller Prinzipien zu sein schien, die es selbst ablehnt. In anderen Worten: In dieser negativ formulierten nationalen Identität ist Pakistan alles das, was Indien nicht ist (vgl. Maaß 2001, S. 5). Pakistan befürchtete zunehmend, dass Indien die Absicht verfolgt, den Subkontinent unter indischen Vorzeichen wieder zu vereinen bzw. nicht bereit ist, die Souveränität Pakistans zu akzeptieren (Choudhury 1968, S. 10). Diese Kombination aus Bedrohungspereptionen, Misstrauen, deprivativen Effekten und diametral entgegengesetzten Selbstauffassungen prägte den verhängnisvollen Beginn der indisch-pakistanischen Beziehungen, der schon bald seinen Ausdruck in der ersten bewaffneten Auseinandersetzung in Kaschmir fand.

Kaschmir – Ursache und Folge des Konflikts

Pakistan und Indien streiten sich nun seit über einem halben Jahrhundert über die territoriale Zugehörigkeit Kaschmirs. Die Bedeutung dieser Himalaja-Region liegt für Indien darin begründet, dass die überwiegend muslimische Bevölkerung¹⁵ und deren Integration als Bestätigung für die eigene pluralistische und säkulare Staatsauffassung (Unity in Diversity) interpretiert wird, d.h. dass Hindus und Muslime gemeinsam in einem Staat leben können. Pakistan hingegen besteht auf seiner

„Gründungs-idee“, Heimat für alle Muslime in Südasien zu sein. Aus pakistanscher Perspektive sind Hindus und Muslime nicht nur unterschiedliche Religionsgemeinschaften, sondern auch verschiedene Nationen (Two-Nation-Theory).¹⁶

Zur Zeit der Teilung (Partition) von Britisch Indien war Kaschmir ein so genannter Princely State (Fürstenstaat), der mehr oder weniger lose in die kolonial-administrativen Strukturen eingebunden war und über weitgehende innenpolitische Autonomie verfügte. Als die Briten den Subkontinent verließen, entschieden sie, dass die 562 Fürstentümer die Wahl haben sollten, sich Indien oder Pakistan anzuschließen. Die Option, sich keiner der beiden Staaten anzuschließen und die Unabhängigkeit anzustreben, war eher theoretischer Natur. Weder Indien noch Pakistan hätten einen oder mehrere autonome Staaten innerhalb ihres Staatsgebietes geduldet. Darüber hinaus waren die meisten dieser Staaten flächenmäßig zu klein und wirtschaftlich zu schwach, um als unabhängiger Staat existieren zu können. In Kaschmir und Hyderabad stellte sich die Situation jedoch anders dar.¹⁷ Beide Fürstentümer verfügten über ein umfangreiches Territorium, welches die Unabhängigkeit realistisch erscheinen ließ. Während Indien Hyderabad, mitten im eigenen Land liegend, durch eine Kombination aus militärischen und diplomatischen Mitteln integ-

rierte, entschied sich Pakistan, die Zugehörigkeit von Kaschmir durch die Infiltration von Freischärlern, paschtunischen Stammeskriegern und „beurlaubten“ pakistanischen Soldaten in seinem Sinne zu entscheiden. Der in Bedrängnis geratene und nach Unabhängigkeit strebende Maharadscha von Kaschmir, Hari Singh, entschied sich letztendlich für den Anschluss an Indien und konsequenter Weise für eine indische militärische Unterstützung.¹⁸ Mit der zusätzlichen Hilfe des volksnahen und populären Sheikh Mohammed Abdullah und seiner – dem autokratischen Hindu-fürst gegenüber feindlich eingestellten und säkularen – Protestbewegung, der All Jammu and Kashmir Muslim Conference, gelang es den regulären indischen Truppen und den Kaschmiris, die Stammeskrieger und pakistanschen Soldaten zurückzudrängen. Allerdings halten diese bis heute noch ein Drittel von Kaschmir (Azad Kashmir¹⁹), welches durch die Line of Control vom indisch verwalteten Teil abgetrennt wird. Die Line of Control gilt als Waffenstillstandslinie und kann bzw. muss heute als „De-facto-Grenze“ zwischen Pakistan und Indien interpretiert werden.²⁰ Diese Situation ist – insbesondere aus pakistanscher Perspektive – eine bemerkenswert unbefriedigende, da Indien nicht nur den größten Teil Kaschmirs kontrolliert, sondern vor allem das Kaschmir-Tal, in dem die Mehrheit der kaschmirischen Muslime lebt.



Kriege und Konflikte

Seit ihrer Entstehung im Jahre 1947 haben Indien und Pakistan vier Waffengänge miteinander ausgetragen. Den ersten, wie bereits oben erwähnt, unmittelbar nach der Unabhängigkeit von 1947 bis 1948 in und um Kaschmir, den zweiten 1965, dem ein so genannter „Testkrieg“ im Rann of Kutch vorausging. Letzterer war regional auf ein umstrittenes Marschland zwischen der pakistanischen Provinz Sindh und dem indischen Bundesstaat Gujarat begrenzt. Der offizielle Anlass für diese pakistanische Aggression war die Festlegung der Grenze zu ihren Gunsten. Inoffiziell kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Pakistan die Leistungsfähigkeit und Entschlusskraft der damals neuen indischen Regierung sowie ihrer Streitkräfte auf den Prüfstand stellen wollte.²¹ Nachdem Indien relativ verhalten und zögerlich reagierte, startete Pakistan noch im selben Jahr die „Operation Gibraltar“²², die in einer ersten Phase durch die Infiltration von Guerillakämpfern²³ die Entfesselung einer bewaffneten Revolte gegen die indische Verwaltung in Jammu und Kaschmir zum Ziel hatte. Diese Revolte wiederum würde in einer zweiten Phase durch reguläre pakistanische Truppen unterstützt werden. Den Überraschungsmoment ausnutzend, so die Planung, würde man den indisch kontrollierten Teil von Kaschmir in kürzester Zeit strategisch

besetzen können, bevor es Neu Delhi gelingen würde, die eigenen Streitkräfte zu mobilisieren. Indien allerdings antwortete durch die erfolgreiche Ausweitung der bewaffneten Kämpfe auf das pakistanische Kernland Punjab. Die umfangreichen Verluste Pakistans, das Ausbleiben des erhofften chinesischen Eingreifens zu Ungunsten Indiens sowie internationale diplomatische Interventionen führten am 4. Januar 1966 zum Frieden von Taschkent. Die Niederlage von 1965 hatte für die damalige pakistanische Militärregierung²⁴ weitgehende Konsequenzen. Zum einen war ihr Image als Hüter der Nation erheblich in Frage gestellt, zum anderen zeigte es die Unfähigkeit der (west-)pakistanischen Armee, den Ostteil des Landes zu verteidigen, was darüber hinaus dessen Unabhängigkeitsbestrebungen intensivierte.²⁵

Pakistans ideologische und militärische Katastrophe

Diese Sezessionsbewegung Ostpakistans führte schließlich 1971 zum dritten Krieg, der die Unabhängigkeit und die Entstehung von Bangladesch zur Folge hatte.²⁶ Dieser Krieg war ideologisch wie militärisch eine Katastrophe für Pakistan. Ideologisch, weil es die Etablierung eines zweiten muslimischen Staates in Südasien hervorbrachte und damit den Kern der Zwei-Nationen-

Theorie ad absurdum führte. Es wurde offensichtlich, dass der Islam in Südasien zum einen keine monolithische Entität darstellt und zum anderen nicht ausreichte, West- und Ostpakistan zu vereinen. Es wurde zunehmend der Eindruck vermittelt, dass nicht der Islam, sondern die Feindschaft zu Indien als Quelle nationaler Identität dient. Die besondere Brisanz für Pakistan ist die daraus resultierende Konsequenz, dass es das ideologische und moralische Argument verlor, Kaschmir für sich einzufordern. Darüber hinaus war der Verlust des östlichen Landesteils aus militärischer Sicht ein Debakel, weil es erneut (und nun endgültig) die konventionelle Überlegenheit Indiens unterstrich. Dennoch gelang es Pakistan, einen „Teilsieg“, zumindest auf diplomatischer Ebene, zu erringen. Im Simla-Accord vom 2. Juli 1972, dem von Indira Gandhi und Zulfikar Ali Bhutto ausgehandelten Friedensvertrag, gelang es Bhutto, die siegreiche indische Seite aus Rücksicht auf die innenpolitische Lage in Pakistan zu weitgehenden Zugeständnissen zu bewegen, insbesondere dahingehend, dass Islamabad nicht zur Anerkennung der Line of Control als internationale Grenze gezwungen wurde (vgl. Mattoo 2001b, S. 27–44). Dies bedeutete, dass Pakistan zumindest in der Kaschmir-Frage seine Chancen wahren konnte.

Jüngste bewaffnete Auseinandersetzungen

Die vierte und vorletzte bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan fand 1999 in der Kargil-Region von Kaschmir statt. Hierbei handelte es sich um einen vergeblichen Versuch, durch ein breiter angelegtes Kommandounternehmen²⁷ den territorialen Status quo zugunsten Pakistans zu verändern, um dadurch eine verbesserte Ausgangslage bei erhofften (erzwungenen), neuen Verhandlungen über die Zukunft Kaschmirs zu haben. Darüber hinaus standen beide Länder mehrfach am Rande einer bewaffneten Konfrontation wie 1987, 1990²⁸ oder zuletzt in der „Krieg-in-Sicht-Krise“ von 2001–2002.²⁹

Die Line of Control gilt als Waffenstillstandslinie und muss als „De-facto-Grenze“ zwischen Pakistan und Indien interpretiert werden. **picture alliance/dpa**



Wesentliches Merkmal aller bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern ist die ihrer Begrenzung: Zum einen auf bestimmte geographische Gebiete im Rahmen von eingeschränkten Kriegszielen und zum anderen mit Blick auf die zum Einsatz kommenden militärischen Kapazitäten. So hat Indien bewusst 1999 auf eine Ausweitung des Krieges über die Grenzen von Kaschmir hinaus verzichtet sowie die Verwendung der umfangreich vorhandenen Reserveverbände vermieden (Ganguly 2008, S. 33f.). Ein weiteres Kennzeichen des Konfliktes zwischen beiden Ländern ist der von Pakistan angewandte Einsatz von nichtstaatlichen Gewaltakteuren, d.h. die gezielte Infiltration Indiens mit extremistisch-militanten und terroristischen Gruppierungen.

Nach dem 11. September 2001

Es steht für viele Beobachter außer Frage, dass Pakistan staatlich geförderter Terrorismus als einen strategischen Bestandteil seines Handlungsrepertoires in der Kaschmir- bzw. Indien-Politik bis in die jüngste Vergangenheit hinein sah. Im Oktober 2001 in und von Pakistan ausgebildete und finanzierte terroristische Gruppen (Laskar-e-Taiba³⁰ und Jaish-e-Mohammed) griffen den Landtag in Srinagar (Kaschmir) an, und im Dezember desselben Jahres attackierten sie das Parlament (Lok Sabha) in New Delhi. Dieser Terrorangriff brachte Indien und Pakistan an den Rand eines Krieges. Die Entwicklungen nach den Ereignissen vom 11. September 2001 veränderten die Situation hinsichtlich des von Pakistan geförderten grenzüberschreitenden Terrorismus erheblich. Zumindest in rhetorischer Hinsicht kündigte der damalige Staatschef General Pervez Musharraf diesbezüglich einschneidende Veränderungen an.³¹ Pakistans neues Engagement im Kampf gegen den Terror ist jedoch skeptisch zu betrachten. Zum einen sind die (in)formellen Netzwerke zwischen den pakistanischen Geheimdiensten, allen voran dem Inter-Services Intelligence (ISI)³², äußerst eng mit den radikalen und terroristischen Gruppen verbunden. Zum Zweiten ist nicht offensichtlich, inwieweit diese Gruppen noch immer als ein Instrument für interne wie externe Operationen betrachtet werden.³³ Darüber hinaus kann durchaus die Frage gestellt werden, inwieweit die pakistanische Regierung Kenntnis sowie Kontrolle über die Jihadi-Gruppen³⁴ und die Aktivitäten des ISI bzw. über die Interaktion zwischen beiden hat. Die Ereignisse um die Rote Moschee (Lal Masjid) in Islamabad im Jahr 2007³⁵ zeigt die Komplexität der gegenwärtigen

Situation: Zum einen, dass sich militante Gruppen zunehmend innenpolitischen Zielsetzungen zuwenden, um den pakistanischen Staat herauszufordern. Zum anderen zeigt sich die mangelnde Bereitschaft des Staates und seiner Institutionen, gegen die Extremisten vorzugehen. Die pakistanischen Sicherheitskräfte sehen bis heute ihren primären Auftrag in der Landesverteidigung gegen Indien und nicht im Kampf gegen die Terroristen bzw. gegen aufständische Militante im eigenen Land.³⁶ Trotz einiger positiver Signale, die in den letzten Jahren von Pakistans Regierung ausgingen, ist der grenzüberschreitende Terrorismus eine der größten Herausforderungen für Indiens Sicherheit und den Frieden zwischen beiden Ländern. Die nicht endenden Anschläge auf indische Städte, darunter New Delhi 2005, Varanasi 2006 und Mumbai 2006 sowie 2008, können als Indiz hierfür gewertet werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die im Januar 2009 gegründete National Commission for Counter Terrorism (NCCT)³⁷ den Einfluss der neuen zivilen Regierung Pakistans auf die Sicherheitskräfte erhöhen kann.

Bedeutung der nuklearen Aufrüstung

Die Bedeutung der nuklearen Aufrüstung beider Staaten sowie die Rolle der Kernwaffen im indisch-pakistanischen Konflikt sind äußerst umstritten (vgl. Kapur 2009). Inwieweit sie einen positiven Beitrag hinsichtlich der Deeskalation von Konflikten geleistet haben, lässt sich nur schwer nachweisen.³⁸ Es kann jedoch festgestellt werden, dass die neue amerikanisch-indische Nuklearzusammenarbeit für Unruhe und Frustration in Pakistan sorgt. Erstens fühlt sich Pakistan isoliert und zurückgesetzt, da die USA klar zum Ausdruck gebracht haben, dass von ihrer Seite kein Interesse an einer solchen (nuklearen) Kooperation mit Pakistan besteht. Zweitens bestehen die Befürchtungen, dass Indien die Zusammenarbeit mit den USA dazu nutzen wird, um sich vom Prinzip der minimalen Abschreckung zu lösen und die eigene nukleare Aufrüstung zu forcieren. Dies würde aus pakistanischer Sicht das Kräfteverhältnis in der Region empfindlich stören, da es mit Blick auf die möglicherweise wachsenden nuklearen Kapazitäten Indiens seine eigene Abschreckungsfähigkeit in diesem Bereich verliert.³⁹

Kooperation und Annäherung

Einer der wesentlichen und wichtigsten Schritte der Annäherung ist der Vertrag

über die Regelung der Wasserverteilung des Indus-Bassin (Indus Water Treaty) von 1960.⁴⁰ Allerdings führte dieser nicht zu einer tiefer gehenden Zusammenarbeit, weder in wirtschaftlichen noch in sicherheitspolitischen Belangen. Dies lag an den negativen Implikationen des Kaschmir-Konfliktes wie der Schließung der Grenzen sowie den gegensätzlichen Modellen der Organisation ihrer Volkswirtschaften.⁴¹ Erst mit der Liberalisierung der indischen Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre und der so genannten „Delhi-Lahore-Bus-Friedens-Initiative“ im Februar 1999 wurde ein Korridor geschaffen, der konstruktive ökonomische- und sicherheitspolitische Gespräche zwischen beiden Ländern ermöglichen sollte. Diese fanden jedoch durch die Kämpfe in Kargil im selbigen Jahr abrupt ihr Ende und wurden erst einige Jahre später wieder aufgenommen.

Die Politik der „kleinen Schritte“

Der „institutionelle Rahmen“ hierfür bildete der Start des so genannten Verbunddialoges (India Pakistan Composite Dialogue) am 6. Januar 2004 (vgl. Huntington 2006), der aus heutiger Sicht die entscheidende Landmarke in der Annäherung zwischen Indien und Pakistan darstellt. Der Dialog sieht Gespräche und Kooperation in folgenden Feldern vor: Frieden und Sicherheit, einschließlich vertrauensbildender Maßnahmen in den Bereichen der nuklearen und konventionellen Rüstung, in territorialen Fragen bezüglich der Gebiete Jammu und Kaschmir, Siachen⁴², und Sir Creek (Rann of Kutch). Darüber hinaus wurden das Wullar Barrage/Tulbul Navigation Project, der Terrorismus und Drogenhandel, die Förderung der wirtschaftlichen Kooperation und des Außenhandels sowie die Unterstützung von freundschaftlichem Austausch in verschiedenen Feldern zu Gegenständen gemeinsamer Gespräche erklärt. Konkret wurden dabei Fragen der Demarkierung von Grenzgebieten und die Demilitarisierung umstrittener Gebiete besprochen sowie erste Maßnahmen zur Erweiterung von Transport-, Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten eingeleitet. Begleitet werden diese Maßnahmen durch gemeinsame kulturelle Aktivitäten sowie die Forcierung wissenschaftlicher Zusammenarbeit. Dieses als Politik der „kleinen Schritte“ zu bezeichnende Vorgehen scheint sich zunehmend als erfolgreich zu erweisen.⁴³ Der Grund hierfür ist in erster Linie darin zu finden, dass die Lösung des Kaschmir-Konfliktes nicht mehr als essentielle Bedingung für weitere Gespräche und Kooperationen in anderen

Feldern gesehen wird. Für die heutige Tagespolitik lässt sich konstatieren, dass Kaschmir eine wichtige, aber nicht mehr die zentrale Rolle spielt und das bilaterale Verhältnis eine deutlich breitere Grundlage erhalten hat.

Die Rolle der USA

Es kann festgestellt werden⁴⁴, dass die USA (auch wenn sie wesentlich zur Militarisierung und zur Erhaltung von Militärdiktaturen in Pakistan beigetragen haben) keinen entscheidenden Faktor hinsichtlich der negativen Entwicklung in den indisch-pakistanischen Beziehungen darstellen. Im Gegenteil – auch wenn es sich schwer belegen lässt – muss hervorgehoben werden, dass die diplomatischen Interventionen der USA bereits bei mehreren Anlässen zur Verhinderung militärischer Eskalationen zwischen Indien und Pakistan beigetragen haben.⁴⁵ Dabei handelte es sich in der Regel um eine Doppelstrategie, die die Ausübung von Druck auf Pakistan bei gleichzeitiger Aufforderung an Indien, sich um Zurückhaltung zu bemühen, vorsah. Letzteres vor allem, um die militärischen Implikationen der indischen Strategie der coercive diplomacy⁴⁶ einzugrenzen. Allerdings muss hier angeführt werden, dass man den Einfluss der USA in Südasien nicht überbewerten darf. So ist der amerikanische Einfluss auf indische Entscheidungsträger bis dato als äußerst gering einzustufen, was insbesondere auf die amerikanische Unterstützung Pakistans, Indiens Anbindung an die damalige Sowjetunion sowie die politischen und wirtschaftlichen Implikationen des Szenarios des Kalten Krieges zurückgeführt werden kann. Der frühe Beitritt Pakistans in die Verteidigungsbündnisse South East Asia Treaty Organization (SEATO) 1954 und 1956 in die Central Treaty Organisation (CENTO) verhinderte nicht nur eine Annäherung zwischen Indien und den USA, sondern führte auch zu dem Abschluss eines indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages im August 1971. Dieses verhärtete nicht nur die Fronten zwischen Indien und Pakistan, sondern förderte einen aus heutiger Sicht fast schon „traditionellen Anti-Amerikanismus“ in Indien. Ein Phänomen, das jedoch nur temporär in Erscheinung tritt (u. a. während den Golfkriegen von 1991 und 2003) und nicht pauschal allen oder bestimmten politischen Fraktionen in Indien unterstellt werden kann. Hier bleibt abzuwarten, wie sich die 2006 erfolgte Annäherung zwischen Indien und den USA langfristig auswirken wird.⁴⁷ Es muss jedoch betont werden, dass Indien deutlich an Gewicht in der amerikanischen Südasienpolitik ge-

wonnen hat – zu Ungunsten Pakistans. Dieses wird u. a. darin deutlich, dass die USA in den diversen indisch-pakistanischen Konflikten zunehmend eine pro-indische Stellung bezog.

Pakistan in den internationalen Beziehungen

Die US-amerikanische Auf- und Abwertung Pakistans ist einer der wesentlichen Gründe für die sehr sprunghaften und emotional aufgeladenen Beziehungen zwischen Pakistan und den USA. Ein Verhältnis, das sich generell als außerordentlich schwierig beschreiben lässt und auf ein permanentes Misstrauen zwischen den Regierungen beider Länder zurückzuführen ist. So wird auf Seiten der USA regelmäßig die Loyalität Pakistans hinterfragt, während Pakistan sich von den USA und deren Verbündeten diskriminiert sieht. Dies zum einen hinsichtlich des mangelnden und angezweifelten Engagements Pakistans im Kampf gegen den Terror und zum anderen, dass Pakistan weitgehend von Afghanistan, einem der wichtigsten Pfeiler der pakistanischen Außenpolitik, isoliert wird. Letzteres spielt eine wichtige Rolle mit Blick auf die neue Afghanistan-Pakistan-Strategie („Af-Pak“) der US-Administration unter Präsident Barack Obama, in die Indien bis zu einem gewissen Grad eingebunden wird. Dies führt zu der Wahrnehmung, dass Pakistan von der internationalen Gemeinschaft nicht als gleichwertig mit Indien betrachtet, gar benachteiligt wird.⁴⁸ Es werden alte Befürchtungen in Pakistan wach, Indien versuche via Afghanistan destabilisierenden Einfluss auf die nordwestlich gelegenen Stammesgebiete (Federally Administered Tribal Areas/FATA) und Belutschistan auszuüben und so die territoriale Integrität des Landes zu gefährden.⁴⁹ Darüber hinaus entziehen sich die pakistanischen Entscheidungsträger zunehmend dem internationalen Einfluss. Ein Verhalten, welches sich als eine Kombination aus „Trotzhaltung und Wagenburgmentalität“ beschreiben lässt.⁵⁰ Dadurch verliert die USA zumindest kurzfristig mehrere Optionen: einerseits reduziert es die Möglichkeit, auf die Entwicklung der pakistanischen Haltung gegenüber Indien einzuwirken; andererseits wird Pakistan nicht mehr in dem Umfang bereit sein, sich zu Ungunsten dessen zu engagieren, was in der Vergangenheit als für den nationalen Nutzen dienlich erschien, nur um den Interessen der USA zu dienen.⁵¹ Dieses erfährt eine besondere Brisanz mit Blick auf die desaströsen Auswirkungen der seit über fünf Jahren anhaltenden Kämpfe in den Stammesgebieten und den damit ver-

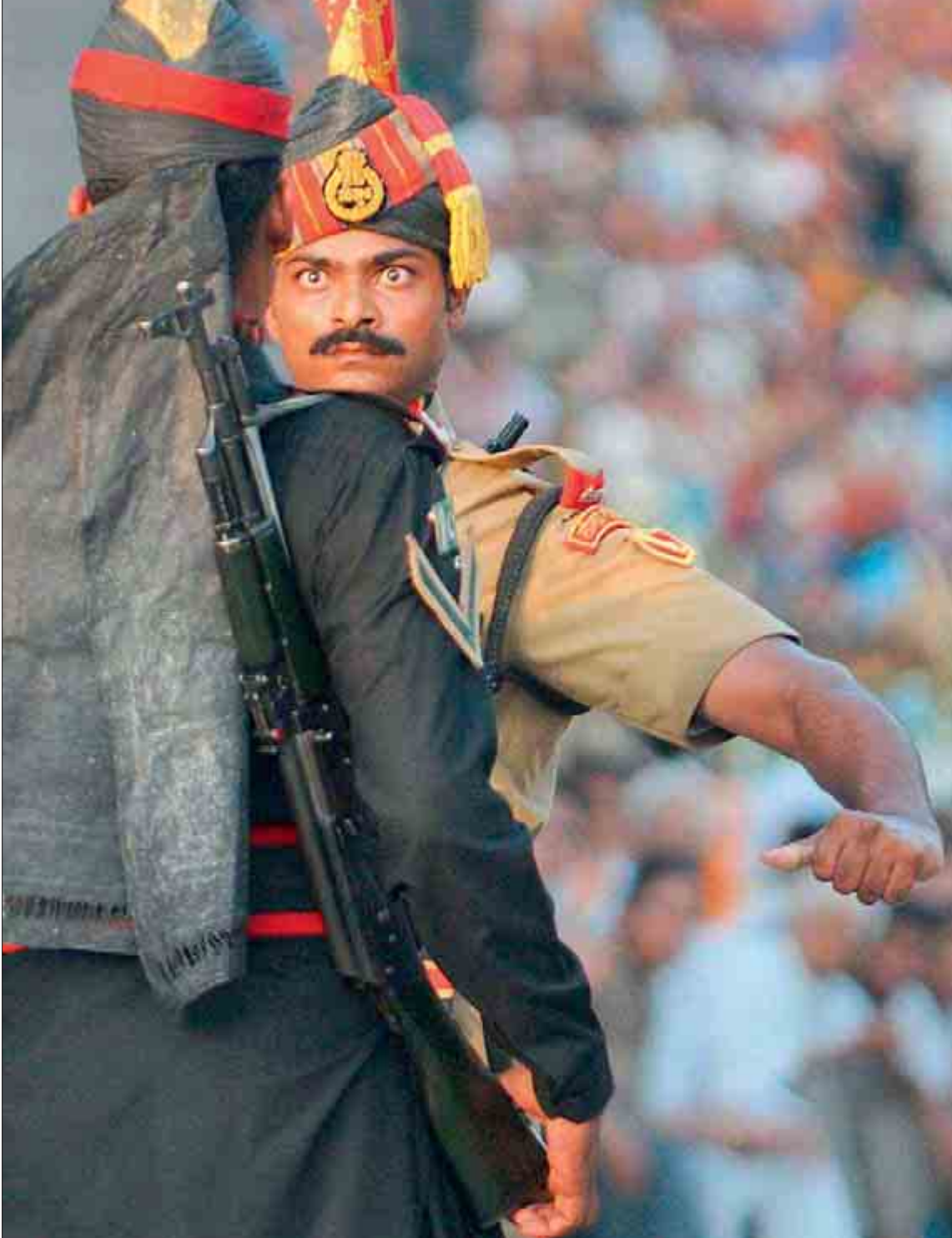
bundenen umfangreichen Verlusten der pakistanischen Streitkräfte an Menschen, Moral und Ausrüstung, dem Mangel an Erfolg sowie der rapiden Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Situation in den umkämpften Gebieten.

Die Rolle Chinas

Keine Bewertung der indisch-pakistanischen Beziehungen wäre vollständig, wenn nicht der „China-Faktor“ berücksichtigt werden würde. Pakistan versuchte, aus der zunehmenden Spannung bzw. Feindschaft zwischen Indien und China im Laufe der letzten fünf Dekaden immer wieder politisches Kapital zu schlagen.⁵² Durch eine fragwürdige Gebietsabtretung an China⁵³, dem Erwerb von Waffen, Nukleartechnologie- und Trägersystemen versuchte Pakistan seine Position gegenüber Indien aufzuwerten und einen Verbündeten für mögliche Waffengänge zu gewinnen. Es gelang Pakistan aber weder 1965 noch 1971, China zu unmittelbaren militärischen Operationen gegen Indien zu bewegen, noch Unterstützung in der Kaschmir-Frage einzuholen. China selbst ist mit terroristischen bzw. separatistischen Gruppen im eigenen Land konfrontiert und daher an einem politisch stabilen Kaschmir interessiert. Es steht zurzeit außer Frage, dass China dieses eher durch eine indische, als durch eine pakistanische Verwaltung gewährleistet sieht. Des Weiteren erfolgte in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Annäherung zwischen China und Indien – ein Prozess, der von keiner der beiden Seiten abgebrochen werden will. Die Entführung und Tötung von Chinesen in Pakistan im Sommer 2007 hat sichtlich zu einer Abkühlung im chinesisches-pakistanischen Verhältnis geführt und fördert die politische Entfremdung zwischen beiden Ländern.⁵⁴ Will Pakistan weiterhin auf internationaler Ebene als signifikanter Akteur wahrgenommen werden, muss es diesbezüglich die neue machtpolitische Triangel China, Indien und die USA im „südlichen Asien“⁵⁵ akzeptieren und entsprechend seine eigene Position demgegenüber positiv definieren.

Bedingungen für einen gelingenden Dialog

Eines der wesentlichen Probleme im Verhältnis zwischen Indien und Pakistan ist



Ein schwarz gekleideter pakistanischer und ein indischer Grenzschrützer bei einer Zeremonie in der Näher von Lahore am 18. Juli 2009. Obwohl sich die Beziehungen zwischen Pakistan und Indien bessern, kann von einem Durchbruch noch nicht gesprochen werden.

picture alliance/dpa

das Vorhandensein von Misstrauen und Vorurteilen.⁵⁶ Generell kann hierzu festgestellt werden, dass die sich zunehmend verbreitende Einsicht, dass der Kaschmir-Konflikt nicht mehr als unlösbar einzustufen ist, eine entscheidende Voraussetzung für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern ist. Um jenes jedoch im politischen Entscheidungsprozess (insbesondere hinsichtlich ökonomischer und sicherheitspolitischer Kooperation) beider Staaten fruchtbar zu machen, müssen weitere Faktoren hinzutreten. Zum einen gilt es, die unbedachte, kriegstreibende Rhetorik der letzten Jahrzehnte auf pakistanischer und auf indischer Seite zu unterbinden, zum anderen müssen verstärkt vertrauensbildende Maß-

nahmen und Kommunikationsmöglichkeiten implementiert werden.⁵⁷ In all diesen Bereichen wurden in jüngster Vergangenheit einige Fortschritte erzielt. Des Weiteren gelang es den Terroristen von Mumbai nicht, einen Abbruch des Composite Dialogue zu bewirken.⁵⁸

Implikationen für Indien

Indiens politische Führung realisiert, dass die Überlegenheit hinsichtlich der konventionellen militärischen Kapazitäten durch Pakistans nukleare Aufrüstung vorerst nivelliert wurde. Jegliche Herausforderung an Pakistans territoriale Integrität und an die politischen Fü-

hrung durch einen umfassenden konventionellen Angriff stellt eine Gefahr in Form einer nuklearen Reaktion dar (vgl. Ganguly/Wagner 2004). Dass dieses von Indien ernsthaft in Erwägung gezogen werden muss, lässt sich an Pakistans Weigerung erkennen, den Vertrag des Verzichts auf eine Erstverwendung von Nuklearwaffen (First Use of Nuclear Weapons) zu unterzeichnen. Aber auch hier zeichnet sich ab, dass Pakistan zu vertrauensbildenden Zugeständnissen bereit ist. So wird Indien nicht mehr von führenden pakistanischen Politikern wie dem Präsident Zardari „als eine Bedrohung“ bezeichnet und die Androhung eines nuklearen Erstschlages nicht mehr als ein Instrument der Außenpolitik ernsthaft in Betracht gezogen.

Damit diese positiven Signale in eine erfolgreiche und friedliche Zusammenarbeit münden, wird Indien gezwungen sein, eine nachhaltige, konstante und kontinuierliche Außenpolitik zu entwickeln. Ein Konzept, welches von Pakistan als transparent und verlässlich wahrgenommen werden kann. Die ersten Dekaden indischer Außenpolitik waren gekennzeichnet durch eine idealistische Herangehensweise, die auf den Prinzipien einer friedlichen Koexistenz (Panch Shila) und der Blockfreiheit (Non-Alignment) aufbaute. Durch die inkonsistente und opportunistische Auslegung dieser Doktrin machte sich Indien selbst nicht nur ungläubwürdig, sondern auch unfähig, den realpolitischen Herausforderungen auf internationaler Ebene adäquat entgegenzutreten (vgl. Mattoo 2001a, S. 94). Das dominante Auftreten gegenüber kleineren Nachbarn in Südasien ließ das Land als ein „regional bully“ erscheinen, unfähig zur regionalen Kooperation und Integration. In diesem Zusammenhang sollte Erwähnung finden, dass die staatliche Unterstützung von Terrorismus in Südasien kein pakistanisches Monopol ist. Auch Indien bediente sich dieses Instrumentes in der Innen- wie Außenpolitik.⁵⁹ Es wurde eine politische Kultur gepflegt, die in Pakistan die schlimmsten Befürchtungen über Indiens Absichten gegenüber seinem westlichen Nachbarn bestärkte. Für Indien steht mehr auf dem Spiel als „nur“ das Verhältnis zu einem seiner Nachbarn. Die indisch-pakistanischen Beziehungen können als ein signifikanter Indikator dafür gesehen werden, inwieweit Indien seiner neuen Rolle als „verantwortungsvolle Großmacht“ gerecht wird. Verliert es dieses Image, hat das nicht nur Konsequenzen für die Stabilität und Prosperität Südasiens, sondern auch für Indiens wirtschaftliche und sicherheitspolitische Ambitionen in Südost- und Ostasien. Indien würde erneut als ein unsicherer Kandidat für eine weitgehende Integration in Asien und im asiatisch-europäischen und asiatisch-pazifischen Kontext gelten. Die Bemühungen in den letzten beiden Dekaden indischer Außenpolitik (wie z. B. die Look East Policy) wären damit nivelliert – Indiens Wandlung vom desillusionierten Idealisten zum gescheiterten Realisten.

Implikationen für Pakistan

Pakistan realisiert zunehmend, dass der von ihm unterstützte Terrorismus nur schwer oder gar nicht mehr zu kontrollieren ist. Darüber hinaus richtet sich der Terrorismus zunehmend gegen das Land selbst.⁶⁰ Islamabad scheint erkannt zu haben, dass der Terrorismus und die wachsende Militanz extremistischer

Gruppen eine der größten Gefahren für die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung – insbesondere für ausländische Investitionen – ist. Des Weiteren müssen sich die zivilen wie militärischen Eliten eingestehen, dass das „Instrument Terrorismus“ weder in der Kaschmir-Frage, noch hinsichtlich des Wunsches der Einflussnahme in Afghanistan auch nur ansatzweise erfolgversprechende Resultate geliefert hat. Trotz dieser Erkenntnis hat die pakistanische Regierung erkennbare Probleme, eine kohärente Strategie gegen den Terrorismus nicht nur zu entwickeln, sondern auch zu implementieren. Es scheint, dass hier zunehmend die Grenzen zwischen dem Kampf gegen terroristische Gruppen – wie Al-Qaida und die Taliban – mit dem gegen aufständische Milizen in den nordwestlich gelegenen Stammesgebieten (FATA) oder Belutschistan (bewusst) verwischt werden. Es ist offensichtlich, dass Pakistan in seinem Anti-Terror-Kampf außerordentliche Differenzierungen vornimmt und nur gegen gewisse militante Gruppen vorgeht. Nämlich gegen Akteure, die in erster Linie die innere Stabilität und Integrität Pakistans herausfordern.⁶¹ So ist es nicht verwunderlich, wenn es für politische Beobachter immer noch unklar ist, inwieweit Pakistan bereit ist, sich kompromisslos von militanten und terroristischen Gruppierungen zu distanzieren.⁶² Darüber hinaus vermittelt die gegenwärtige Situation den Eindruck, dass einflussreiche Kreise in Militär und im Geheimdienst ISI immer noch Indien als Hauptfeind sehen und nicht Al-Qaida oder die Taliban. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, inwieweit Pakistan in der Lage sein wird, seine außenpolitischen Zielsetzungen hinsichtlich Afghanistans von denen mit Indien abzukoppeln. Hier ist in erster Linie auf das in den 1990er Jahren entwickelte Konzept der „strategischen Tiefe“ zu verweisen. Der Kern besteht in der Ausweitung des pakistanischen Einflusses auf Afghanistan, welches zwei primären Zielsetzungen dienen soll.

■ Erstens: die Ansprüche paschtunisch-afghanischer Gruppen auf paschtunische Stammesgebiete in Pakistan zu unterbinden, d. h. die afghanische Regierung zur Anerkennung der „Durand-Linie“⁶³ zu bewegen und damit offene Grenzkonflikte beizulegen sowie die Gründung eines neuen, grenzübergreifenden Staates Paschtunistan zu verhindern.

■ Zweitens: die traditionell guten Beziehungen Indiens zu Afghanistan zu „kappen“, um einer „Einkreisung Indiens“⁶⁴ zu entgehen und dadurch ein stärkeres Gewicht gegenüber Indien zu erhalten, insbesondere im Falle einer weiteren militärischen Auseinandersetzung.

Pakistan muss sichtlich bereit sein, seine Afghanistan-Politik einer einschneidenden Revision zu unterziehen und das Land nicht mehr als strategisches Instrument im Versuch des Counterbalancing gegenüber Indien zu interpretieren. Dieses würde mit Blick auf den Kampf gegen den Terror einen erweiterten Handlungsspielraum einräumen und damit Pakistans Außenpolitik glaubhafter und vertrauensvoller erscheinen lassen. Hier lässt sich feststellen, dass das „robuste Engagement“ der USA⁶⁵ sowie Pakistans Beteiligung im „Global War on Terror“, wesentlich dazu beigetragen haben, die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan zu verbessern.

Von einem Durchbruch kann nicht gesprochen werden

Abschließend lässt sich feststellen, dass es spürbare Fortschritte im indisch-pakistanischen Verhältnis gibt, aber noch lange nicht von einem Durchbruch gesprochen werden kann. Nicht belegte Hinweise auf die fortwährende Unterstützung terroristischer Aktivitäten durch pakistanische Militärs und Geheimdienste sowie Vorwürfe gegenüber Indien, es unterstütze separatistische und militante Elemente in Belutschistan, belasten die Beziehungen. Indien und Pakistan haben trotzdem eine historische Annäherung erreicht, auch wenn eine baldige Beendigung ihrer Rivalität nicht unmittelbar absehbar erscheint. Beide Länder haben zu einer neuen Dynamik und Flexibilität gefunden. Zum einen betrachtet Indien Kaschmir nicht mehr als ein explizit inneres, sondern auch als ein zwischenstaatliches Problem mit Pakistan. Zum anderen verzichtet Pakistan darauf, das Kaschmir-Problem auf multinationaler Ebene (u. a. bei der UN), sondern nunmehr im Rahmen von bilateralen Verhandlungen mit Indien zu lösen. Ein Umstand, der als essentiell für weitere Verhandlungen zu betrachten ist. Entscheidend dabei ist, dass es Anzeichen gibt, dass einige moderate Kräfte in Pakistan damit beginnen, von der Forderung nach einem Referendum in Kaschmir über dessen Zugehörigkeit abzurücken, und Indien alles außer einer Sezession akzeptieren kann.⁶⁶ Eine Tendenz, die insbesondere von radikalen, nationalistischen und islamistischen Kräften zu unterbinden versucht wird. In diesem Zusammenhang muss unterstrichen werden, dass Pakistans neue, wenn auch „unrühmliche“ Geltung als Zentrum des weltwei-

ten Terrorismus neben all den negativen Konnotationen auch einen positiven Einfluss auf die indisch-pakistanischen Beziehungen ausübt. Die US-Administration kann hier, in Kooperation mit der EU sowie weiteren Partnern der internationalen Gemeinschaft, einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau einer moderaten und aktiven Zivilgesellschaft leisten, die in der Lage sein wird, innenpolitische Widerstände seitens radikaler, orthodoxer Veto-Akteure gegen eine Annäherung an Indien zu überwinden.⁶⁷ Darüber hinaus müssen institutionelle Strukturen geschaffen werden, die die zivilen Regierungen mit ausreichenden Kapazitäten und Kompetenzen ausstattet; nicht nur in den Bereichen der politischen Entscheidungsfindung und deren Implementierung, sondern auch hinsichtlich der Kontrolle. Letzteres gilt im außerordentlichen Maße gegenüber dem Militär und den Geheimdiensten.

Demokratisierung Pakistans

Richtungsweisende Impulse hierzu wurden bereits in Form der Bildung der Staatengruppe „Freunde des demokratischen Pakistans“ (Friends of Democratic Pakistan) im September 2008 gegeben, welche die internationale Unterstützung in den Sektoren Sicherheit, Entwicklung, Energie und Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen effizienter koordinieren soll. Entscheidend ist hierbei, inwieweit die zugewiesenen Gelder für den Aufbau demokratischer Strukturen sowie für die sozio-ökonomische Entwicklung der Bevölkerung Verwendung finden. Dies bedeutet, dass ein substantieller Teil der Unterstützung im zivilen Bereich investiert wird. Des Weiteren muss dafür Sorge getragen werden, dass die Gelder nicht in den traditionellen Netzwerken von Patronage und Korruption versickern.⁶⁸ Maßgeblich in diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis, dass langfristige Stabilität in Pakistan nur durch eine Konsolidierung der Demokratie sowie durch den Aufbau von sozialem Kapital durch die Stärkung der zivilen Kräfte zu erreichen ist. Die Unterstützung der USA für die unterschiedlichen pakistanischen Militärregime (Rudolf/Wagner/Fröhlich 2008, S. 12–14) hat sich bis dato zu Ungunsten demokratischer Transformationsprozesse ausgewirkt und zu „Phasen der Destabilisierung Pakistans“ geführt.

Neue Determinanten für eine pakistanische Indienpolitik

Mit Blick auf Indiens zunehmende wirtschaftliche Macht und Indiens neuem

internationalen Gewicht muss Pakistan die gegenwärtigen und zukünftigen machtpolitischen Strukturen realisieren. Es sollte sich daher primär auf die Stabilisierung und Konsolidierung seiner „Demokratie“ und deren systemischen Strukturen konzentrieren. Die Suprematie der Außenpolitik mit dem Dreh- und Angelpunkt „Indien als Erzfeind“ erwies sich bis heute als bemerkenswert schädlich, nicht nur für die politische, sondern auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Die zunehmende Erfahrung von gemeinsamen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen – sowie der eigene völlig desolate Zustand Pakistans⁶⁹ in diesen Bereichen – zwingt das Land zu einer Überarbeitung seiner Haltung gegenüber Indien. Eine Revision der pakistanischen Indienpolitik muss gewiss einige Determinanten berücksichtigen:

- Erstens: Afghanistan und Kaschmir sind als strukturgebende Elemente auszuschießen.
- Zweitens: Die Realisierung, dass Indien kein Interesse daran hat, Pakistan zu destabilisieren.⁷⁰ Im Gegenteil: Indien ist hinsichtlich der Energiesicherung aus dem Mittleren Osten und Zentralasien und der Bekämpfung des Terrorismus an einem stabilen Pakistan interessiert.
- Drittens: Indien wird eine essentielle Rolle in der zukünftigen Entwicklung Pakistans einnehmen, nicht nur hinsichtlich der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Performanz. Aufgrund des feindseligen Verhältnisses mit Indien hat Pakistan in der Vergangenheit eine Reihe ökonomischer Möglichkeiten verloren.
- Viertens: Eine Annäherung an Indien würde insbesondere die moderaten Kräfte in Gesellschaft, Politik und Militär sowie die Position der zivilen Sphäre gegenüber der militärischen stärken. Pakistan sollte daher Indien nicht als Feind, sondern als einen wichtigen Nachbarn und Partner sehen.

So lässt sich ein beginnender Wandel in der Bedrohungsperzeption der pakistanischen Eliten dahingehend feststellen, dass die wesentliche Gefahr für Pakistan nicht von Indien ausgeht, sondern vom militanten Extremismus, der weitverbreitenden Armut und dem niedrigen sozialen Entwicklungsstand der Gesellschaft. Dies fand seinen expliziten Ausdruck in der gemeinsamen Stellungnahme der beiden Premierminister Syed Yousuf Gilani und Dr. Manmohan Singh in Sharm El-Sheikh am 19. Juli 2009, in der beide dieses als ihre gemeinsamen Herausforderungen sehen.⁷¹ Die jedoch signifikanteste Aussage dieses Dokumentes, welche es zu einem Meilenstein in der Annäherung beider Länder macht, ist die Tatsache, das Kaschmir nicht er-

wähnt wird. Zudem wird die Fortführung der Gespräche zwischen beiden Ländern von der Terrorismus-Problematik abgekoppelt, deren Lösung als sine qua non für weitere Gespräche galt. Damit soll in Zukunft nicht-staatlichen, militanten Veto-Akteuren signalisiert werden, dass durch terroristische Aktivitäten die Annäherung zwischen beiden Staaten nicht mehr unterbunden werden kann. Und schließlich wurde Belutschistan zu einem Gesprächsthema zwischen beiden Ländern erhoben. Dies kann indirekt als ein indisches Eingeständnis für die Existenz einer möglichen innenpolitischen Einflussnahme in Pakistan interpretiert werden. Die letzten beiden Punkte, auch wenn sie zu außerordentlicher parteiübergreifender Kritik in Indien geführt haben, müssen als der ernsthafteste und glaubwürdigste Ausdruck des politischen Willens seitens Indiens zum friedlichen Zusammenleben gewertet werden. Die positive Resonanz in den pakistanischen Medien ist ein Indiz dafür, dass eine Stärkung der moderaten Kräfte zu erhoffen bzw. zu erwarten ist, und die Weichen für einen andauernden, unumkehrbaren Friedensprozess gestellt worden sind.

LITERATUR

- Betz, Joachim (2007): Hintergründe des anhaltenden indisch-pakistanischen Dialogs. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39/2007, S. 39–46.
- Bose, Sumantra R. (2003): *Kashmir: Roots of Conflict, Paths to Peace*. Cambridge, Mass.
- Bose, Sumantra R. (1992): *The Pakistan Economy since Independence (1947–1950)*. Cambridge.
- Choudhury, Golam W. (1968): *Pakistan's Relations with India, 1947–1966*. London.
- Ganguly, Sumit (2008): Der indisch-pakistanische Konflikt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22/2008, S. 32–38.
- Ganguly, Sumit. (2002): *Conflict Unending. India-Pakistan Tensions Since 1947*. New Delhi.
- Ganguly, Sumit (1986): *The Origins of War in South Asia. Indo-Pakistani Conflicts Since 1947*. Boulder.
- Ganguly, Sumit/Kraig, Michael (2005): The 2001–2002 Indo-Pakistan Crisis. Exposing the Limits of Coercive Diplomacy. In: *Security Studies*, 14/2, S. 290–324.
- Ganguly, Sumit/Wagner, Harrison (2004): India and Pakistan: Bargaining in the Shadow of Nuclear War. In: *Journal of Strategic Studies*, 27/3, S. 479–507.
- Gaier, Malte/Mattes, Hanspeter (2008): *Pakistans innenpolitische Krise: Militärherrschaft und ihre Gegenkräfte*. Hamburg.
- Grare, Frederic (2006): *Pakistan: The Resurgence of Baluch Nationalism*. Washington, DC.
- Huntington, William (2006): *Indo-Pakistani Talks Advance*. In: *Arms Control Today*, 36/5.
- Kapur, Paul (2008): Ten Years of Instability in a Nuclear South Asia. In: *International Security*, 33/2, S. 71–94.
- Khalatbari, Babak (2008): Wende in Pakistan? Ereignisse im Vorwahljahr, Wahlvorbereitung, Wahlergebnisse, Ausblick. In: *KAS-AI*, 2/2008, S. 84–96.

Khan, Tanvir A. (2008): Sixty Years of India-Pakistan relations. In: Ruck, Christian/Rill, Bernd (Hrsg.): Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick. München, S. 37–49.

Khan, Ayub (1968): Erinnerungen und Bekenntnisse: Friends not masters. Eine politische Autobiographie. Tübingen.

Kulke, Hermann/ Rothermund, Dietmar (1982): Geschichte Indiens. München.

Maab, Citha D. (2001): Pakistan: Wege aus der Dauerkrise. SWP-Studie, 34/10.

Manjunath, K.S./Sridhar, Seema/Anand, Beryl (2006): Indo-Pak Composite Dialogue 2004–05. A Profile. IPCS Special Report 12.

Mattoo, Amitabh (2001a): ASEAN in India's Foreign Policy. In: Grare, Frederic/Ders. (Hrsg.): India and ASEAN. The Politics of India's Look East Policy. New Delhi.

Mattoo, Amitabh (2001b): Next Steps in Kashmir. In: Sawhny, Karan (Hrsg.): Kashmir. How Far Can Vajpayee and Musharraf Go? New Delhi, S. 27–44.

Mitra, Subrata K. (2001): War and Peace in South Asia: a Revisionist View of India-Pakistan Relations. In: Contemporary South Asia, 10/3, S. 361–379.

Palit, Dharitri .K. (1991): War in High Himalaya, The Indian Army in Crisis, 1962. London.

Pochhammer, Wilhelm von (1973): Indiens Weg zur Nation. Bremen.

Rudolf, Peter/Wagner, Christian/Fröhlich, Christian (2008): Die USA und Pakistan. Probleme einer Partnerschaft. SWP-Studie, 15/6.

Schofield, Victoria (2003): Kashmir in Conflict. India, Pakistan and the Unending War. New York.

Sisson, Richard/Rose, Leo (1990): War and Secession. Pakistan, India and the Creation of Bangladesh. Berkeley.

Swami, Praveen (2007): India, Pakistan and the Secret Jihad. The covert war in Kashmir, 1947–2007. London.

Varshney, Ashutosh (1991): India, Pakistan, and Kashmir: Antinomies of Nationalism. In: Asian Survey, 31/11, S. 997–1019.

Verma, Virendia S. (2007): The Karakoram Highway. In: Singh, Swaran (Hrsg.): China-Pakistan Strategic Cooperation Indian Perspectives. New Delhi.

Wagner, Christian (2009): Großbaustelle Pakistan. Die Schlüsselrolle des Militärs für die regionale Stabilität. SWP-Aktuell 22/4.

Wagner, Christian (2006a): Das politische System Indiens. Eine Einführung. Wiesbaden.

Wagner, Christian (2006b): Indien als strategischer Partner der USA. SWP-Aktuell 13/3.

Wagner, Christian (2004): Jenseits von Kaschmir. Chancen einer Annäherung zwischen Indien und Pakistan. SWP-Aktuell 46/10.

Wallace, Paul (1995): Political Violence and Terrorism in India. The Crisis of Identity. In: Crenshaw, Martha (Hrsg.): Terrorism in Context. Pennsylvania, S. 352–409.

Wirsing, Robert G. (2003): Kashmir in the Shadow of the War. Regional Rivalries in a Nuclear Age. Armonk.

Wolf, Siegfried O./Schöttli, Jivanta (2009) (Hrsg.): State and Foreign Policy in South Asia. New Delhi.

Wolf, Siegfried O. u. a. (2006): Political and Economic Dictionary of South Asia. London.

Zeb, Rizwan (2006): David versus Goliath. Pakistan's Nuclear Doctrine: Motivations, Principles and Future. In: Defence and Security Analysis, 22/4, S. 387–408.

ANMERKUNGEN

1 Der Autor möchte bereits hier betonen, dass er das primordiale Argument des religiösen Gegensatzes als einen wichtigen Faktor für die komplexen, schwierigen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sieht, aber nicht als den einzigen und/oder kausalen.

2 Die entsprechenden Regelungen waren die Resolution on Local Self-Government von 1882 und Indian Councils Act von 1892.

3 Untrennbar damit verbunden existiert die Befürchtung, dass die Hindus über 80 Prozent der Gesamtbevölkerung eine Demokratie, basierend auf dem Mehrheitswahlrecht, ohne expliziten Minderheitenschutz im Sinne einer Kompensation für die Einfälle muslimischer Invasionen und Jahrhunderte islamischer (Mogul-)Herrschaft auf dem indischen Subkontinent nutzen werden. Demokratie in Indien würde für die Muslime stets eine Hindu-Herrschaft (Hindu Raj) bedeuten. Eine Argumentation, die in letzter Konsequenz auf der Überzeugung basiert, dass der Hindu-Muslim-Gegensatz nicht erst durch die Britische „Divide and Rule“-Politik an Bedeutung gewann, sondern bereits viel früher die soziale und politische Interaktion zwischen beiden Religionsgemeinschaften bestimmte.

4 Quad-i-Azam, auch „the Great Leader“; Bezeichnung für M. A. Jinnah in Pakistan, der dort als Vater der Nation verehrt wird.

5 Wie u. a. den Tag der „direkten Aktion“ in Kolkatta (Calcutta) am 16. August 1946, die das Ausmaß der bisher bekannten kommunalen Unruhen, d. h. den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen in dramatischer Weise übertraf. Schätzungen hinsichtlich der Opfer variieren erheblich von 4.000 bis 10.000 Toten und 15.000 bis 100.000 Verletzten.

6 Vereinbarung zwischen der Muslim League und dem INC über die Einrichtung von separaten Wählerschaften und reservierten Sitzen für die Muslime in Provinzen, in denen sie in der Minderheit sind; selbiges wurde für die Hindus vereinbart.

7 Hinsichtlich der „Schuldfrage“ im Kontext der Teilung Britisch Indiens divergieren die Einschätzungen erheblich. Während Rothermund/Kulke (1982, S. 375–389) Jinnah verantwortlich sieht, wird u. a. von pakistanischen Autoren wie u. a. Choudhury (1968, S. 5) die Schuld dem INC zugewiesen. Siehe ergänzend Pochhammer (1973, S. 714f.)

8 Der Government of India Act kann als Fortführung von einer Reihe britischer Reformbemühungen gesehen werden, wie die Indian Council Acts von 1861 und 1892, die Morley-Minto-Reformen von 1909 sowie den Government of India Act von 1919. Alle diese Reformbemühungen hatten zum Ziel, repräsentative Institutionen im Sinne einer „Dyarchy“ (Doppelherrschaft) zu etablieren und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Hindus und Muslimen im Speziellen sowie zwischen Indern und Briten im Allgemeinen zu etablieren (Wagner 2006, S. 22f.).

9 Einer der signifikantesten Gründe für die Spannungen zwischen dem INC und der Muslim League liegt darin begründet, wer sich als legitime Vertretung der Muslime in dem damaligen ungeteilten Indien betrachten darf. Während die Muslim League das einzige Recht für sich in Anspruch nahm, für die Muslime zu sprechen, verwies der INC darauf, dass er sich als Vertretung aller Gemeinschaften in Indien sieht, die Muslime einbezogen. Damit entzog der INC der Muslim League die Existenzberechtigung und machte sie für die Verschärfung von religiösen Konflikten verantwortlich. Die Muslim League hingegen bezichtigte die INC-Führung, lediglich die Interessen der Hindus zu vertreten.

10 Eine Vision, die zum ersten Mal von dem muslimischen Dichter Allama Sir Muhammad Iqbal im Jahre 1930 formuliert wurde. An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass sich einige Vertreter der

INDIEN UND PAKISTAN – VERFEINDETE BRÜDER?

muslimischen Geistlichkeit nicht unbedingt dieser Forderung nach einem islamischen Staat angeschlossen.

11 Oder „Vivisection of the Motherland“, ein Terminus der insbesondere von hindu-nationalistischen Kreisen verwendet wird, deren wesentliches Ziel des Unabhängigkeitskampfes die Etablierung eines ungeteilten, postkolonialen Indiens war.

12 Pakistan war eine geographisch „geteilte Nation“, dessen West- und Ostflügel durch ein indisches Territorium getrennt waren.

13 Die Teilung wurde von Genoziden und einer der größten Bevölkerungsbewegungen begleitet, in denen ca. 15 bis 16 Millionen Menschen zwischen Indien und Pakistan in den nun für sie „neuen Staat“ wechselten. Schätzungen bezüglich der dabei zu Tode gekommenen Menschen variieren bemerkenswert zwischen 250.000 und zwei Millionen. Diesbezüglich wird von pakistanischer Seite der Vorwurf erhoben, dass es sich bei den Genoziden auf der indischen Seite (insbesondere im östlichen Punjab) um eine monatelang vorbereitete Verschwörung handelte, um gezielt die muslimische Bevölkerung zu eliminieren. Die Massenmorde in Pakistan an Sikhs und Hindus seien dem hingegen lediglich vereinzelte, sporadische und nicht geplante Reaktionen gewesen. Eine Theorie die entsprechend von indischer Seite demontiert wird (Vgl. Choudhury 1968, S. 40ff.).

14 So wurde laut pakistanischer Aussage nur ein Bruchteil der von Indien auszuliefernden militärischen Güter übergeben (4.703 von 160.000 Tonnen, kein einziger der 150 Sherman Panzer u. a.), und diese waren i. d. R. veraltet oder unbrauchbar gemacht (Vgl. Choudhury 1968, S. 61; Khan 1968, S. 46f.).

15 An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass es sich bei Kaschmir um einen ethnisch-religiösen, heterogenen „Kunststaat“ handelt, der in seiner jetzigen Form von den Briten geschaffen wurde. Er umfasst nicht nur die Muslime im Kaschmir-Tal, sondern auch eine starke Hindu-Minderheit in Jammu sowie eine buddhistische Minderheit im Landesteil Ladakh u. a.

16 Zusammenfassend Varshney (2001, S. 999ff.); im Detail Bose (2003).

17 Ein dritter Fürstenstaat, der für die Unabhängigkeit votierte, war Junagarh (750.000 Einwohner, 10.360 km²). Alle diese drei Staaten hatten ein religiöses Paradoxon zwischen Herrscher und Beherrschten. So wurde in Hyderabad und Junagarh eine hinduistische Mehrheit von einem muslimischen Regenten beherrscht, während in Kaschmir ein hinduistischer Fürst über eine muslimische Mehrheit regierte.

18 Nehrus Angebot ein Referendum abzuhalten, in dem auch die Bevölkerung von Kaschmir die Möglichkeit erhalten sollte, über ihre staatliche Zukunft zu entscheiden, wurde bis heute von allen indischen Regierungen ausgesetzt.

19 Der Terminus Azad Kashmir (Befreites/Freies Kaschmir) wird i. d. R. nur von der pakistanischen Seite verwendet in Abgrenzung zu dem Begriff „Occupied Kashmir“, welches den indisch verwalteten (besetzten) Teil beschreibt.

20 Zumindest bringt Indiens Vorgehensweise zum Ausdruck, dass man sich mit dem Status Quo zu arrangieren beginnt; Verhandlungen mit Pakistan über Handels-, Reise-, und Transfermöglichkeiten über die Line of Control lassen darauf schließen. Diese Linie wurde lediglich 1973 leicht verändert.

21 Pakistanische Einschätzungen gingen davon aus, dass dieses die letzte Möglichkeit („Jetzt oder niemals“) sei, den Konflikt um Kaschmir militärisch zu lösen. Nach der verheerenden Niederlage Indiens gegen China im Grenzkrieg von

1962 galt Indien zum einen als militärisch geschwächt (Vgl. Palit 1991; Ganguly 1986, S. 31), zum anderen war Pakistan besorgt bezüglich der massiven Aufrüstungsbemühungen seines Nachbarn. Darüber hinaus verstarb der indische Premierminister Nehru im Jahre 1964 und sein Nachfolger Shastri galt außenpolitisch als unerfahren. Siehe ergänzend (Mittra 2001, S. 373).

22 Die Kämpfe um den Rann of Kutch wurden durch britische Vermittlungsbemühungen und der Einsetzung einer internationalen Kommission zur Lösung der Streitfragen um die Festlegung der Grenze im Mai 1965 beigelegt.

23 Dabei handelte es sich um leicht bewaffnete, paramilitärische Einheiten.

24 Insgesamt erlebte Pakistan vier Militärregierungen: General Ayub Khan 1958 bis 1969, General Yahya 1969 bis 1971, General Zia-ul-Haq 1977 bis 1988, und General Pervez Musharraf 1999-2008 (seit 28.11.2007 nicht mehr als Oberbefehlshaber der pakistanischen Streitkräfte).

25 Hier muss jedoch angefügt werden, dass insbesondere der Versuch Westpakistans, die Osthälfte im Sinne einer Kolonie zu führen und die damit verbundenen weitgehenden politischen, sozialen und ökonomischen Benachteiligungen zum Auseinanderbrechen der beiden Landesteile führte (Vgl. Khan 2008).

26 Siehe im Detail Sisson/Rose 1990.

27 Das militärische Ziel dieser Unternehmung war die Besetzung von im Hochgebirge gelegenen Stellungen, die im Winter von den Streitkräften beider Länder verlassen wurden. Pakistan kam dabei der indischen Seite zuvor und besetzte bereits in den Wintermonaten Stellungen im indischen Teil Kaschmirs, um von dort aus weitere gezielte Operationen zu unternehmen.

28 So unterstützte Pakistan aufständische Sikhs im Punjab, die eine Sezession und die Gründung eines eigenen Sikh-Staates, Khalistan, gewaltsam durchsetzen wollten. Des Weiteren stand Pakistan im Verdacht, aktiv eine Revolte im indisch verwalteten Teil von Kaschmir entfacht zu haben. Siehe hinsichtlich der pakistanischen Engagements in Kaschmir Schofield (2003) und Swami (2007), bezüglich der Sikhs Wallace (1995).

29 Als Reaktion auf terroristische Anschläge mobilisierte und konzentrierte Indien seine Truppen an der Grenze zu Pakistan im Rahmen der Operation Parakram über einen Zeitraum von 10 Monaten.

30 LeT, wörtlich: „Armee der Reinen“. Diese Gruppe wurde vom ISI in den 1990er aufgebaut, um pro-pakistanische Gruppen im indisch verwalteten Teil Kaschmirs zu unterstützen. Ihr Ziel ist die Destabilisierung der Region durch die direkte Bekämpfung der indischen Sicherheitskräfte sowie die Förderung von militanten Erhebungen unter der kaschmirischen Bevölkerung. Opfer ihrer Angriffe sind dabei nicht nur Soldaten, sondern zunehmend auch moderate, pro-indische Gruppen und Politiker in der Region. Durch ihre anti-westliche Einstellung und dem Wunsch nach der Zerschlagung des hinduistischen Indiens sowie einer grenzüberschreitender Islamisierung ist heute nicht nur ganz Südasien, sondern auch zunehmend Südostasien im Fokus ihrer Aktivität (Vgl. Bajoria, Jayshree (2008): Background Profile: Lashkar-e-Taiba. In: Washington Post, Friday, December 5).

31 Siehe hierzu Musharraf's Fernsehauftritt vom 12. Januar 2002, in dem er sich in einer bedeutenden Ansprache an die pakistanische Nation wandte und verkündete, „dass pakistanisches Territorium nicht zur Vorbereitung terroristischer Angriffe im Ausland missbraucht werden dürfe“ (Ganguly 2008, S. 36). Anzumerken ist hierbei, dass die Entscheidung, die US-Amerikaner im Krieg gegen den Terror zu unterstützen, von Musharraf getroffen wurde. Ein Entschluss, der nicht von allen Regierungsorganisationen wie politischen Entscheidungsträgern (insbesondere innerhalb des Militärs und der Geheimdienstel) mitgetragen wurde.

32 Als weitere Geheimdienste sind zu nennen: Das Intelligence Bureau (IB) und die Federal Investigation Agency (FIA).

33 So wurden zwar einige Terrorgruppen (wie Lashkar-e-Taiba) insbesondere unter dem Druck der USA verboten, Trainingscamps geschlossen sowie einige Mitglieder verhaftet; selbige Gruppen agieren jedoch meist ungehindert unter einem neuen Namen weiter und/oder ihre Mitglieder können sich noch immer frei in Pakistan bewegen.

34 Darunter sollen hier Gruppierungen verstanden werden, die sich insbesondere in einer extremsten, militanten Form dem Kampf gegen Elemente verpflichtet haben, die als anti-islamisch wahrgenommen werden.

35 Die Rote Moschee wurde von muslimischen Fundamentalisten besetzt und zu einem Zentrum wahabistisch-extremistischer Lehre und Praxis ausgebaut, dessen primäres Ziel die Herausforderung des pakistanischen Staates war. Ihre Aktionen beinhalteten Geiselnahmen, Beschädigung von öffentlichem und privatem Eigentum, Störung der öffentlichen Ordnung und der Akkumulation von Waffen. Erst als mehrere chinesische Staatsbürger als Geisel genommen sowie weitere getötet wurden, stürmten Sicherheitskräfte im Zuge der „Operation Silence“ nach monatelanger Ignorierung der Untergrabung der Staatsmacht die Moschee. Es bestehen keine Zweifel, dass die pakistanische Regierung erst nach massivem Druck von China auf die Situation reagierte (vgl. Khalatbari 2008, S. 85f.).

36 So verwendet die pakistanische Armee einen erheblichen Teil der Finanzhilfen aus den USA nicht zur Ausrüstung ihrer Truppen für den Kampf gegen terroristische Gruppierungen, sondern zum Ausbau ihrer konventionellen Kapazitäten für eine zwischenstaatliche Auseinandersetzung mit Indien.

37 Aufgabe der NCCT ist es, als Dachorganisation der einzelnen im Kampf gegen den Terrorismus eingesetzten staatlichen Organisationen zu agieren und deren Aktivitäten effektiv und transparent zu koordinieren.

38 Die Tatsache, dass die Krisen und Truppenaufmärsche auf beiden Seiten der Grenze von 1986, 1990 und 2001 nicht in einen Krieg mündeten, wird von verschiedenen Kommentatoren der Angst vor einer nuklearen Eskalation zugeschrieben.

39 Siehe hierzu Zeb (2006). Darüber hinaus ist Pakistan besorgt über Indiens konventionelle Ausrüstung, die Raketenabwehrpläne und Indiens neue „Kriegsdoktrin“, der Cold Start Strategy. Letztere ist primär gegen Pakistan gerichtet und sieht den Aufbau der offensiven Kapazitäten sowie ein verstärkt kombiniertes Vorgehen der motorisierten Land- wie Luftstreitkräfte vor. Des Weiteren ist es ein Ausdruck des politischen Willens Indiens, limitiert, aber gezielt unmittelbar nach einer pakistanischen Aggression militärisch zu reagieren.

40 Die Verhandlungen zogen sich über einen Zeitraum von acht Jahren hin (1952–1960).

41 Während sich Pakistan exportorientiert dem Weltmarkt zuwandte, implementierte Indien ein sozialistisch inspiriertes Wirtschaftsmodell (mixed economy), das sich zunehmend isolierte und auf den eigenen Binnenmarkt konzentrierte.

42 Dabei handelt es sich um eine Gletscherregion mit ungeklärtem Grenzverlauf nordöstlich und außerhalb der Line of Control, in der sich Pakistan und Indien immer wieder in der Vergangenheit Gefechte geliefert haben.

43 Vgl. zusammenfassend Betz (2007, S. 39) und im Detail Manjunath/Sridhar/Anand (2006).

44 In Anlehnung an Ganguly (2002; 2008).

45 Unter anderem nach dem Terroranschlag von 2001 auf das indische Parlament sowie am 14. Mai 2002 auf eine Militärbasis in Kaluchak nahe Jammu (Vgl. Ganguly 2008: 36).

46 Bei der coercive diplomacy handelt es sich um eine außenpolitische Strategie Indiens, die

Durchsetzung politischer Veränderungen auf dem Wege militärischer Drohungen zu erreichen (Vgl. Ganguly 2008, S. 36; Ganguly/Kraig 2005).

47 Entscheidende Schritte in diese Richtung waren die begonnene Initiative Next Steps in Strategic Partnership (NSSP) sowie die Unterzeichnung des Abkommens über Kooperationen in den Bereichen der zivilen Nutzung der Atomenergie, der zivilen Raumfahrt und dem Handel von Hochtechnologie im Januar 2004, die Aufhebung der verhängten Sanktionen gegen Indien seit deren ersten Nukleartests im Jahre 1974 sowie die langersehnte internationale Anerkennung Indiens als Atommacht. Aber auch hier gab es Widerstände aus allen politischen Lagern in Indien (Vgl. Wagner 2006b).

48 Auch wenn China die pakistanischen Interessen in der Auseinandersetzung mit Indien nicht wie erhofft vertreten hat, so fühlt sich Pakistan insbesondere von den USA im Stich gelassen (Vgl. Rudolf/Wagner/Fröhlich 2008, S. 8).

49 Pakistan beschuldigt Indien, Aufstände in Belutschistan zu unterstützen, u. a. die Balochistan Liberation Army (LBA) auszubilden und zu finanzieren. Diese Provinz fühlt sich einerseits von der Zentralregierung in Islamabad benachteiligt, insbesondere mit Blick auf die Beteiligung an den Einkünften aus den in Belutschistan geförderten Ressourcen (Gas), andererseits vernachlässigt bei dem Ausbau des Hafens Gwadar.

50 So äußerte Premierminister Syed Yousuf Gilani (18. Juli 2009) in Reaktion zu einer jüngsten Aufforderung von Hillary Clinton (US Secretary of State), die Aktivitäten gegen den Terror zu verstärken Folgendes: „Whatever we do, we do in our own interest and on our own initiative. We don't care who is pleased and who is not by our efforts“. Siehe Dawn.com: „Talks only way to build trust, Gilani tells India“, Sunday, 19. July, 2009.

51 U. a. die Verlegung pakistanischer Streitkräfte von Osten (Grenze zu Indien, Kaschmir) nach Westen (Grenze Afghanistan, Stammesgebiete), um dort sich im Kampf gegen den Terror zu engagieren.

52 In den ersten Jahren nach Erhalt der Unabhängigkeit wurde eine Politik der Freundschaft zwischen Indien und China gepflegt, welche durch den Slogan „Hindi Chini bhai bhai“ (Inden und Chinesen sind Brüder) zum Ausdruck kam. Chinas Einmarsch in Tibet sowie die Niederschlagung der oppositionellen Bewegung 1959, der Grenzkrieg von 1962, die chinesische Besetzung von Gebieten, die Indien für sich in Anspruch nimmt (Aksai Shin) und die Unterstützung von militant-maoistischen Gruppen in Indien führte zu einer dramatischen Verschlechterung der indisch-chinesischen Beziehungen.

53 Pakistan überließ China das Shaksgam Tal, welches von Indien beansprucht wird (Vgl. Verma 2007, S. 336ff.).

54 Nichtsdestotrotz verfügt China aufgrund seiner intensiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Pakistan über einen erheblichen Einfluss. So werden mit chinesischer Hilfe der Tiefseehafen Gwadar ausgebaut und zahlreiche Bergbauprojekte vorangetrieben.

55 Der Begriff Südliches Asien umfasst die Gebiete von Südasien sowie Südostasien, welches den starken politischen und wirtschaftlichen Einfluss berücksichtigt.

56 Choudhury (1968, S. 10).

57 Wie z. B. die Schaltung von Hotlines zwischen Entscheidungsträgern beider Länder. Solche bestehen bereits in minimaler Form, u. a. zwischen hochrangigen Militärs („Director-Generals of Military Operation“) oder die 2004 eingerichtete zwischen den beiden Außenministerien.

58 Allerdings muss hier erwähnt werden, dass die Fortsetzung des Dialoges mit Pakistan äußerst umstritten war. Insbesondere hindu-nationalistische Kreise forderten die Regierung auf, militärisch auf die Anschläge zu reagieren.

59 So unterstützte Indira Gandhi den Sikh-Terroristen Jarnail Singh Bhindranwale, um die politi-

sche Repräsentanz der Sikhs im indischen Punjab zu spalten; Rajiv Gandhi versuchte in Sri Lanka Einfluss durch die Unterstützung der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) zu nehmen.

60 Anzuführen ist hier u. a. eines der wohl dramatischsten Höhepunkte: den Anschlag auf das Marriott Hotel in Islamabad am 20. September 2008. In diesem Zusammenhang kann konstatiert werden, dass sich die Terrorangriffe auf Mumbai von 2008 nicht nur gegen Indien richteten, sondern auch als Warnung pakistansisch-islamistischer Gruppen gegenüber ihrem eigenen Land zu interpretieren sind. In anderen Worten: Mumbai sowie der Anschlag gegen die indische Botschaft in Kabul (im Juli 2008) sind als ein Widerstand gegen jegliche liberal-moderate Politik der Annäherung an Indien aufzufassen.

61 Während die USA bis in die jüngste Vergangenheit eher pauschal alle militanten Gruppen als Kombattanten identifizierte, versucht Pakistan insbesondere Gruppen, die im Rahmen ihres Versuchs in Afghanistan Einfluss zu nehmen, nicht aktiv zu bekämpfen (z.B. pakistansische und afghanische Taliban). Begrenzte militärische Kapazitäten mögen dabei ebenfalls eine entscheidende Rolle spielen. Das gegenwärtige US-Vorgehen in Pakistan und Afghanistan scheint jedoch einen neuen Ansatz – gemäß der Philosophie von „teile und herrsche“ – aufzugreifen, Taliban in „good ones“ und „bad ones“ zu unterteilen.

62 Wagner (2009, S. 3) spricht hier von einer Grauzone, „die von stiller Sympathie bis zur offenen Duldung ihrer Aktivitäten reicht“, insbesondere innerhalb älterer Kader der Geheimdienste und des Militärs.

63 Bei der umstrittenen „Durand-Linie“ handelt es sich um eine ca. 2.400 km lange Demarkations-

linie, die 1893 zwischen Britisch-Indien und Afghanistan festgelegt wurde. Die Legitimität dieser politisch motivierten Grenzziehung durch paschtunische Siedlungsgebiete wird heute von der afghanischen Regierung in Frage gestellt.

64 Die Furcht vor einer Einkreisung beruht nicht nur auf Indiens Einfluss in Afghanistan, sondern ebenfalls auf dessen Kontakte zu Pakistans Nachbarn Iran. Iran wird von Pakistan im politischen und wirtschaftlichen Bereich als ein Rivale im Kampf um regionalen Einfluss gesehen, und im kulturellen und religiösen Bereich (Shia-Sunnikonflikt) werden destabilisierende Einflüsse für das eigene Land befürchtet. Darüber hinaus haben sich die Beziehungen in jüngster Vergangenheit zunehmend verschlechtert. Iran macht Pakistan für die Infiltration von militanten Extremisten verantwortlich, während Pakistan dem Iran den Versuch der Destabilisierung von Belutschistan vorwirft.

65 Siehe Rudolf/Wagner/Fröhlich (2008, S. 14).

66 Vgl. Wagner (2004, S. 1, 3) und Betz (2007, S. 40).

67 Hier zeichnen sich positive Entwicklungen in den letzten Jahren ab. So lässt sich in Pakistan eine verstärkte Aktivität von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und informelle Bürgerinitiativen identifizieren. Besondere Aufmerksamkeit zog die „Anwaltsbewegung“ (Movement for Democracy and Justice) auf sich. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von unabhängigen Richtern und Anwälten mit (relativ) freien Medien, NGOs, Intellektuellen und Studenten. Ihr erfolgreicher Einsatz für die Wiedereinsetzung des von Musharraf abgesetzten Obersten Richter (Supreme Court) kann dahingehend interpretiert werden, dass die Zivilgesellschaft als neuer poli-

tischer Akteur in Pakistan wahrgenommen werden muss. Diese Bewegung hat erheblich zur Beschleunigung von Musharraf's Rücktritt beigetragen.

68 Eines der wesentlichen Hindernisse sämtlicher Entwicklungsprojekte dieser Art besteht in der Problematik, verlässliche pakistansische Partner zu finden. Dieses hat sich bis dato als bemerkenswert schwierig gestaltet.

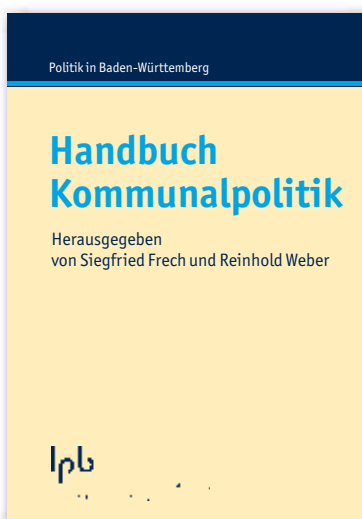
69 Pakistan befindet sich in einer der tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes. Die Verschuldung ist dramatisch angestiegen. Im Sommer 2008 betrug die Inflationsrate ca. 25 Prozent, die Börsen verzeichnen massive Verluste (insbesondere an der KSE/Karachi Stock Exchange), Gewerbe und Handwerk leiden unter den außerordentlichen Energieengpässen mit täglichen Stromabschaltungen von bis zu zehn Stunden in den Metropolen. Darüber hinaus ist die Bevölkerung durch eine zunehmende Nahrungsmittelknappheit (Weizenmehl) und erhebliche Einkommensdisparitäten betroffen. Zusätzlich verliert die pakistansische Währung zunehmend an Wert. Ein drohender Staatsbankrott im Herbst 2008 konnte nur durch einen „ad hoc Beistandskredit“ abgewendet werden.

70 Siehe: The Hindu (2008): India favours strong, stable Pak: Mukherjee, in: The Hindu 4. January 2008.

71 Dawn.com „Text of Pakistan-India joint statement“, Friday, 17. July 2009.

Handbuch Kommunalpolitik

Siegfried Frech und Reinhold Weber (Hrsg.)



Kaum eine politische Ebene ist so nah an den Menschen wie die kommunale. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die meisten Beteiligungsmöglichkeiten. Aber angesichts der stetig zunehmenden Aufgaben bei gleichzeitig knapper werdenden Finanzen, angesichts auch der europapolitischen Verflechtungen und der globalisierten Wirtschaft wird Kommunalpolitik immer komplizierter.

Das „Handbuch Kommunalpolitik“ skizziert in kompakten, präzisen Analysen die zentralen Politikfelder auf kommunaler Ebene. Einschlägige Gesetzestexte und ein umfangreicher

statistischer Teil machen das Handbuch zum praktischen Nachschlagewerk.

5.- EUR (zzgl. Versandkosten)
per Fax 0711.164099 77,
über marketing@lpb.bwl.de oder
Webshop: www.lpb-bw.de/shop

